

04.11.2024

## **Pressemitteilung zum Brandanschlag auf das b sieben in Rostock Der LSVD Queer-Mecklenburg-Vorpommern e.V. fordert von der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern ein entschlossenes Handeln**

Gestern Morgen haben unbekannte Täter\*innen einen Brandanschlag auf das B Sieben, einer queeren Bar in Rostock verübt. Das B Sieben setzt sich offen für die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans\*, intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LSBTIQ\*) ein und wird nicht nur von queeren Menschen über die Grenzen Rostocks hinaus geliebt.

Der LSVD Queer-Mecklenburg-Vorpommern e.V. ist zutiefst besorgt über die Queerfeindlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus. Es sind schon längst keine Einzeltaten mehr, sondern vielmehr eine Reihe von massiven Einschüchterungsversuchen an der queeren Community.

Erst vor wenigen Wochen gab es einen Brandanschlag auf das B Sieben in Rostock.

Wir erinnern uns an den Eklat mit der Regenbogenfahne in Neubrandenburg. Die dortige Stadtvertretung beschloss ein Verbot, dass die Regenbogenflagge am Bahnhof nicht mehr gehisst werden darf. Daraufhin gab es landes- und bundesweit Aufsehen und 41000 Unterschriften wurden in einer Online-Petition gesammelt für die Aufhebung des Verbotes. Wir als LSVD Queer MV e.V. sind schockiert, dass gerade in Neubrandenburg, wo vor einem Jahr genau am Bahnhof die Regenbogenfahne gestohlen und durch eine Hakenkreuzfahne ersetzt wurde, ein derartiger Beschluss gefasst wurde.

Solche Beschlüsse wirken wie Brandbeschleuniger für Straftaten wie zum Beispiel wie die jetzt in Rostock.

In den letzten Jahren stiegen die Vorfälle von Queerfeindlichkeit rasant. Die Zerstörung einer Regenbogenbank auf den Wallanlagen in Rostock, die unzähligen Male, bei denen Regenbogenfahnen abgenommen und gestohlen wurden, das Hissen einer Hakenkreuz-Fahne in Neubrandenburg, das Beschmieren von Geschäftsstellen der queeren Community im gesamten Land, die vielen persönlichen Beleidigungen und verbalen Angriffe, Pöbeleien und Drohungen an Info-Ständen und vieles mehr.

Diese Angriffe haben eine klare Botschaft: Zieht Euch zurück in die Unsichtbarkeit, sonst wissen wir, wo wir Euch finden! Diese Angriffe gehen nicht nur die LSBTIQ\*-Community etwas an, sondern sie müssen alle Demokrat\*innen in Mecklenburg-Vorpommern aufschrecken. Wir brauchen ein solidarisches Eintreten für Demokratie und die Akzeptanz von queeren Menschen. Wenn Menschen sich in unserem Bundesland nicht mehr ohne Angst vor Anfeindungen frei bewegen können, ist das eine erhebliche Einschränkung unserer Freiheit. Queerfeindlichkeit betrifft nicht nur LSBTIQ\*, sondern alle Menschen, gerade auch die, die von rechts-konservativen Geschlechterrollen abweichen oder diese hinterfragen. Sie ist ein Angriff auf die Mitte unserer Gesellschaft und, wie andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, ein Angriff auf unser demokratisches Gemeinwesen. Wir fordern alle demokratischen Parteien im Landtag Mecklenburg-Vorpommern auf, die queere Community im Land zu unterstützen. Die CDU in

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7  
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778  
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: [presse@lsvd.de](mailto:presse@lsvd.de)  
Internet: [www.lsvd.de](http://www.lsvd.de)

Mecklenburg-Vorpommern fordern wir zu einem gemeinsamen Dialog auf und sind für Gespräche in Augenhöhe bereit.

## **Von der Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern fordern wir ein entschlossenes Handeln.**

- Eine/n feste/n queere/n AnsprechpartnerIn bei der Polizei und nicht einen der nach kurzer Zeit wieder wechselt und queere Themen, wenn überhaupt, nur am Rande bearbeiten kann.
- Die finanzielle und personelle Untermauerung des Landesaktionsplanes für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern.
- Den Schutz queerer Menschen und deren Lebensräume vor Angriffen.
- Die Sicherung und Stärkung queerer Beratungsstrukturen, inklusive Personal in Mecklenburg-Vorpommern.
- Die schnellstmögliche Schaffung einer Inter\*Trans\*Beratung in Mecklenburg-Vorpommern.
- Entschlossenes Handeln der Landesregierung gegen die zunehmende Queer -Feindlichkeit und entwickeln von Aufklärungskampagnen zur Erhöhung der Akzeptanz und Toleranz in der Gesellschaft zu queeren Themen.

Wir gehen davon aus, dass von Seiten der Staatsanwaltschaft und der Polizei alles erdenklich Mögliche getan wird und von Seiten der Landesregierung MV unterstützt wird, die Täter\*Innen dieser queer feindlichen Straftaten zu ermitteln.

*Der LSVD+ – Verband Queere Vielfalt e.V. ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).*

*Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.*